

WIR MACHEN TARIF.

INFORMATIONEN FÜR DEN ÖFFENTLICHEN DIENST

ZUSAMMEN
GEHT MEHR

ver.di

facebook.com/verdi

@_verdi
#zusammengemehr

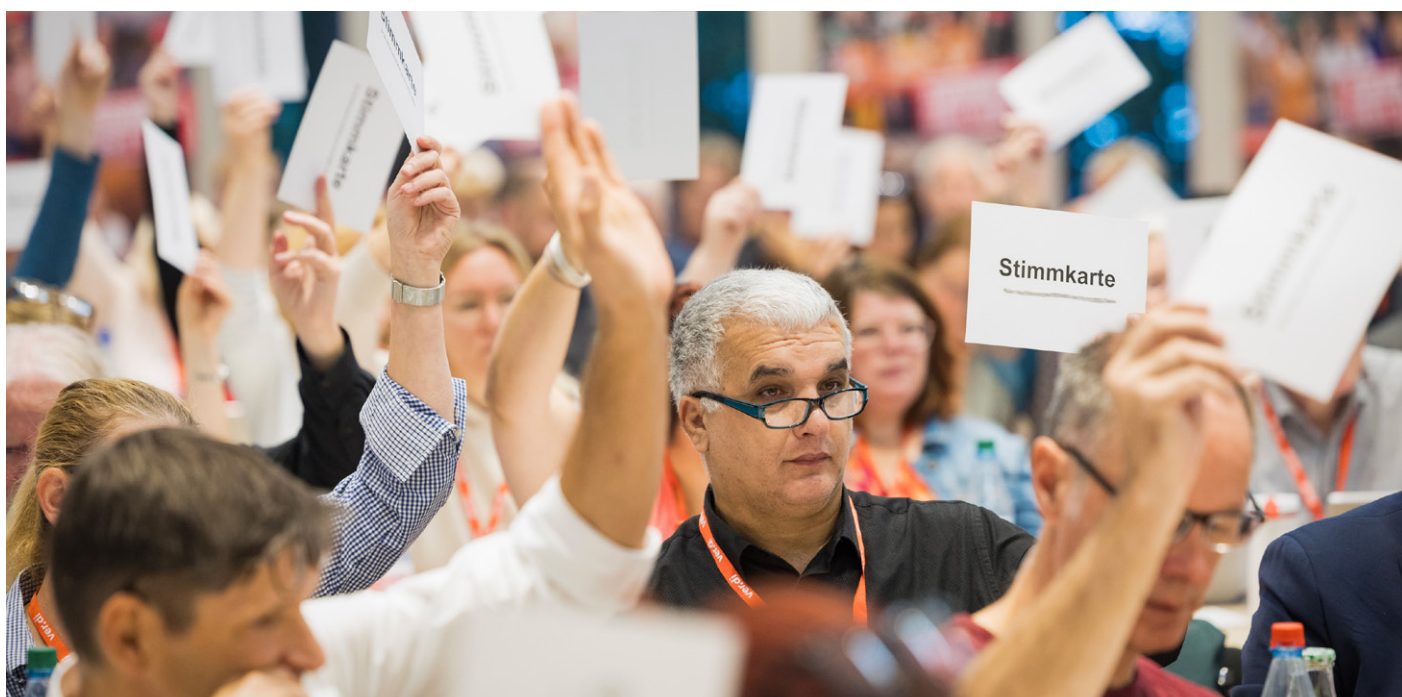
wirsindverdi

@verdi
OfficialBot

11. OKTOBER 2023

BTK beschließt Forderung für Tarif- und Besoldungsrunde der Länder

10,5 PROZENT MEHR, MINDESTENS ABER 500 €



Die Forderung für die Tarifrunde der Länder 2023 steht. Damit gehen wir in die Tarifausein- andersetzung für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder – davon 1,2 Millionen Tarifbeschäftigte und 1,3 Millionen Beamt*innen.

Die Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst (BTK ö.D.) hat die Forderung am 11. Oktober 2023 mit großer Mehrheit beschlossen.

Grundlage der Forderungs- diskussion in der BTK ist das Ergebnis der ver.di-Beschäftig- tenbefragung, an der sich über 65.000 Menschen beteiligt haben. Die Forderung für die Tarif- und Besoldungsrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) beruht also auf einer breiten Basis.

Berechtigte Forderung

Die noch immer hohen Preise für Lebensmittel und Energie hinterlassen tiefe Löcher in den

Portemonnaies vieler Landes- beschäftigter. Sie bilden das Schlusslicht bei der Bezahlung im öffentlichen Dienst. Schon jetzt liegen ihre Gehälter deutlich unterhalb der ihrer Kolleg*innen bei Bund und Kommunen. Für einen starken und attraktiven öffentlichen Dienst, auch in den Ländern, braucht es aber vor allem eins: wettbewerbsfähige Einkommen.

Deswegen fordert ver.di, dass die Tabellenentgelte um 10,5 Prozent steigen, mindestens aber um 500 Euro monatlich. Nachwuchskräfte sollen 200 Euro monatlich mehr erhalten und Auszubildende unbefristet übernommen werden, wenn sie ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben.

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft



Die Laufzeit des Tarifvertrags soll zwölf Monate betragen, damit wir zeitnah auf die weitere Inflationsentwicklung reagieren können.

Zeitgemäße Erwartungen

Neben dieser Forderung richten wir folgende Erwartungen an die Arbeitgeber:

- **Gerechtigkeit schaffen**
Wir erwarten, dass die Beschäftigten der ambulanten und stationären Pflege im Vollzug (Justiz- und Maßregelvollzug) sowie den Landeskrankenhäusern die dynamische Zulage für Pflegekräfte erhalten. Denn die Pflegekräfte an den Unikliniken bekommen diese bereits.
- **Fair bezahlen**
Für die Beschäftigten in den Stadtstaaten erwarten wir eine Zulage von 300 Euro. Denn sie erledigen neben Landesaufgaben auch kommunale Aufgaben. Hinzu kommen die extrem hohen Lebenshaltungskosten in Städten wie Hamburg, Bremen und Berlin. Wer qualifiziertes Personal beschäftigen möchte, muss auch dafür sorgen, dass es Wohnraum in der Nähe des Arbeitsortes bezahlen kann. Die Stadtstaatenzulage Nachwuchskräfte soll 150 Euro betragen.

- **Gutem Beispiel folgen**
Für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst erwarten wir die Übernahme der Verbesserungen, die wir im Tarifabschluss mit den Kommunen im Jahr 2022 durchsetzen konnten. Dazu gehören z. B. eine bessere Eingruppierung und eine monatliche Zulage.
- **Historische Chance nutzen**
Für studentische Beschäftigte (studentische Hilfskräfte) erwarten wir die Tarifierung der Arbeitsbedingungen. Der TVStud verbessert die Arbeitsbedingungen studentischer Hilfskräfte dramatisch, denn er sichert z. B. regelmäßig steigende Löhne oder Mindestvertragslaufzeiten.
- **Verlässlichkeit schaffen**
Für die Beschäftigten im Gesundheitsdienst in den Zentren für Psychiatrie Baden-Württemberg (ZfPen) erwarten wir die Tarifierung der bisher nur außertariflich gezahlten Zulage.
- **Konkurrenzfähig bleiben**
Für die Beschäftigten im Straßenbetriebsdienst und Straßenbau der Länder erwarten wir die Umsetzung der Verhandlungszusage der Arbeitgeber aus dem Jahr 2019. Denn besonders in den Ländern fehlt in diesen

Bereichen immer mehr Personal. Die Autobahn GmbH des Bundes macht den Ländern Konkurrenz. Dort hat ver.di nach der Ausgliederung des Unternehmens bessere Bedingungen ausgehandelt.

Zusammen durchstarten

Darüber hinaus erwartet ver.di, das Verhandlungsergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamt*innen zu übertragen. Die Übertragung hätte direkte Auswirkungen auf die Landesbeamt*innen und die kommunalen Beamt*innen. Deswegen sollten auch verbeamtete Kolleg*innen in Ländern und Kommunen in der anstehenden Tarif- und Besoldungsrunde aktiv werden und sich gemeinsam mit den Tarifbeschäftigten lautstark und sichtbar für ein gutes Ergebnis einsetzen! Digitale Aktionsmaterialien und Plakate zum Ausdrucken haben wir schon für Euch vorbereitet.

Denn sicher ist: Auch in dieser Runde bekommen wir wieder nichts geschenkt. Lasst uns den Arbeitgebern deshalb deutlich zeigen, wie geschlossen wir hinter unser Forderung stehen. Ein erstes starkes Zeichen habt Ihr mit der Beteiligung an der Beschäftigtenbefragung bereits gesetzt. Und genauso machen wir weiter: engagiert und entschlossen. Alle, die noch ein bisschen näher am Geschehen sein wollen, können Tarifbotschafter*innen werden und ihre



Frank Werneke
ver.di-Vorsitzender

„Die Erwartungshaltung der Länderbeschäftigten angesichts der teilweise absurden Gehaltsunterschiede im öffentlichen Dienst ist hoch. Ich rate den Länderarbeitgebern dringend: Nehmen Sie diese Erwartungen sehr ernst, der Druck und oftmals auch der Frust sind groß. Die Beschäftigten wollen sich nicht abhängen lassen.“

Kolleg*innen über die Tarifrunde auf dem Laufenden halten.

Denkt immer daran: Mehr Geld kommt nicht von allein.

PS: Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) verhandelt für alle Bundesländer außer Hessen. Das Land Hessen ist aus der TdL ausgetreten. Anfang des kommenden Jahres verhandelt ver.di mit dem Bundesland Hessen über einen eigenen Tarifvertrag.

WIE GEHT ES WEITER? DIE VERHANDLUNGSTERMINE

- 26. Oktober 2023 Erste Verhandlungsrunde
- 2./3. November 2023 Zweite Verhandlungsrunde
- 7./8. Dezember 2023 Dritte Verhandlungsrunde

WEITERE INFORMATIONEN UNTER ZUSAMMEN-GEHT-MEHR.VERDI.DE

JETZT MITGLIED WERDEN!



mitgliedwerden.verdi.de